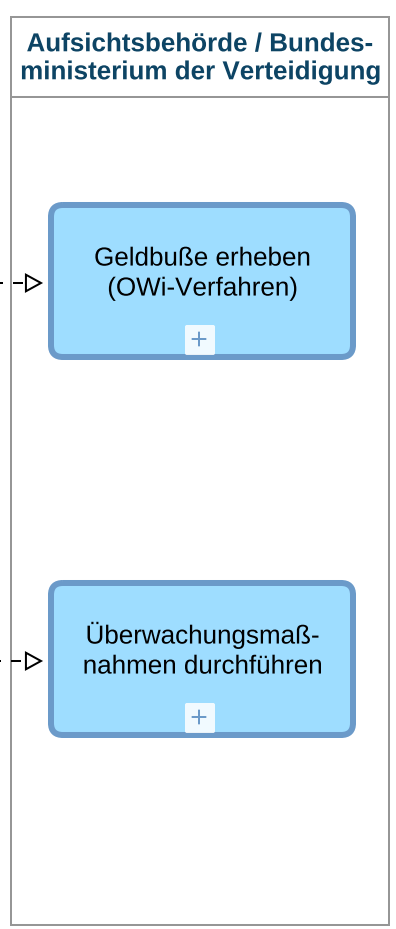


Arbeitgeber

Aufsichtsbehörde / Bundesministerium der Verteidigung



Benachrichtigung über die Beschäftigung einer schwangeren oder stillenden Frau

Hinweis auf zuständige Behörde

Korrekturanforderung

Korrigierte Anzeige über die Beschäftigung einer schwangeren oder stillenden Frau

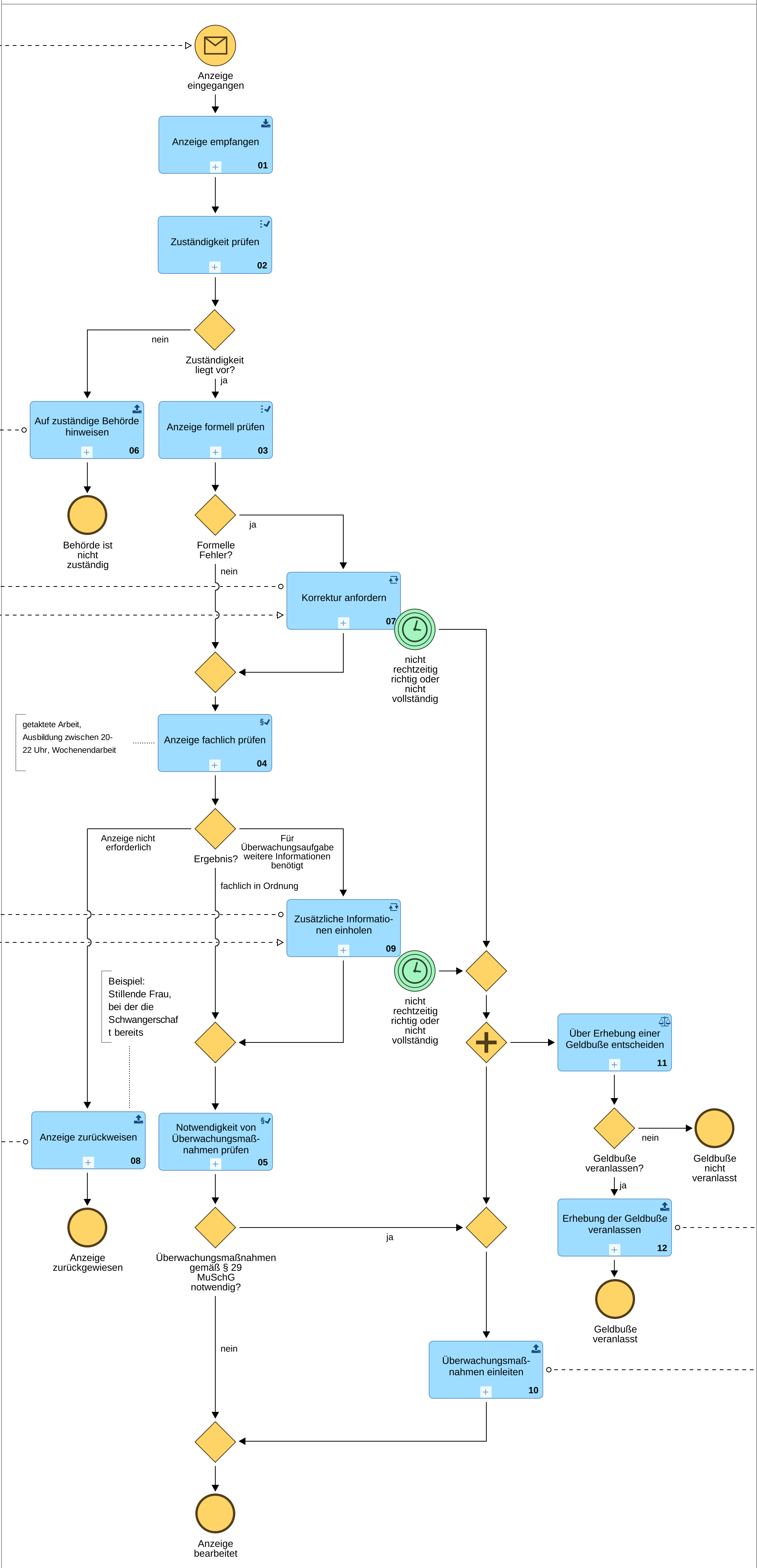
getaktete Arbeit, Ausbildung zwischen 20-22 Uhr, Wochenendarbeit

Anforderung weiterer Informationen

Erweiterte Benachrichtigung über die Beschäftigung einer schwangeren oder stillenden Frau / Benachrichtigung über die Beschäftigung schwangerer oder stillender Frauen / ggfs. Gefährdungsbeurteilung

Zurückweisung

Beispiel: Stillende Frau, bei der die Schwangerschaft bereits



Anzeige empfangen 01

Zuständigkeit prüfen 02

Zuständigkeit liegt vor?

nein

Auf zuständige Behörde hinweisen 06

Behörde ist nicht zuständig

Anzeige formell prüfen 03

Formelle Fehler?

ja

Korrektur anfordern 07

nicht rechtzeitig richtig oder nicht vollständig

Anzeige fachlich prüfen 04

Ergebnis?

Anzeige nicht erforderlich

Für Überwachungsaufgabe weitere Informationen benötigt

fachlich in Ordnung

Zusätzliche Informationen einholen 09

nicht rechtzeitig richtig oder nicht vollständig

Über Erhebung einer Geldbuße entscheiden 11

Geldbuße veranlassen?

ja

Erhebung der Geldbuße veranlassen 12

Geldbuße veranlasst

nein

Geldbuße nicht veranlasst

Überwachungsmaßnahmen einleiten 10

Überwachungsmaßnahmen einleiten

ja

Überwachungsmaßnahmen durchführen

Anzeige bearbeiten

Anzeige zurückweisen 08

Anzeige zurückgewiesen

Notwendigkeit von Überwachungsmaßnahmen prüfen 05

Überwachungsmaßnahmen gemäß § 29 MuSchG notwendig?

ja

nein

Aufsichtsbehörde / Bundesministerium der Verteidigung

Geldbuße erheben (OWi-Verfahren)

Überwachungsmaßnahmen durchführen

Einleitung OWi-Verfahren

Einleitung Überwachungsmaßnahmen